

Ministerin Pfeiffer-Poensgen in Vertretung für den Ministerpräsidenten.

Isabel Pfeiffer-Poensgen, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Jetzt kehren wir einfach einmal zum Thema zurück. Der Landesregierung ist es ein besonderes Anliegen, die Chancengleichheit von Menschen mit und ohne Behinderung zu fördern. Daher setzen wir uns aktiv für die Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen hier in Nordrhein-Westfalen ein.

Im Mittelpunkt steht dabei ein zentraler Leitgedanke: die UN-Behindertenrechtskonvention. Es gilt, die Gesellschaft so zu organisieren, dass sie allen Menschen die Möglichkeit gibt, sich gleichberechtigt darin zu bewegen, sie mitzugestalten und selbstbestimmt ihren Platz zu finden.

Diesem Ziel kommt das Land mit dem Ihnen heute zur Abstimmung vorliegenden Zweiten Medienänderungsstaatsvertrag einen Schritt näher. Ziel dieses Änderungsstaatsvertrags ist es, den Zugang zu audiovisuellen Mediendiensten für Menschen mit Behinderungen zu verbessern.

Der Zweite Medienänderungsstaatsvertrag soll zu diesem Zweck ergänzende Regelungen zur Barrierefreiheit im Medienstaatsvertrag einführen. Dabei werden auch Vorgaben aus der Richtlinie über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen, dem European Accessibility Act, umgesetzt.

Ihnen liegt ein Staatsvertrag vor, der den Belangen der Menschen mit Behinderungen Rechnung trägt und diese in einen Ausgleich mit den Möglichkeiten der verpflichteten Anbieter bringt.

Die Länder haben den Staatsvertrag in einem sehr transparenten Verfahren entwickelt. In zwei Anhörungsrunden fand ein intensiver Austausch mit Vertretern der betroffenen Verbände, mit den jeweiligen für Menschen mit Behinderungen zuständigen Beauftragten der Landesregierungen und des Bundes sowie mit den Anbietern von Diensten, die den Zugang zu audiovisuellen Mediendiensten ermöglichen, statt. Auch deswegen hat der federführende Ausschuss für Kultur und Medien auf eine eigene Anhörung verzichtet.

Ich bitte Sie, diesen wichtigen Schritt zur Weiterentwicklung der Barrierefreiheit in den Medien mitzugehen und daher um Ihre Zustimmung zum Zweiten Medienänderungsstaatsvertrag. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU, der FDP und Arndt Klocke [GRÜNE])

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor, daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Kultur und Medien empfiehlt in Drucksache 17/16791, dem Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu diesem Staatsvertrag zu entsprechen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu diesem Staatsvertrag, Drucksache 17/16231, selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer Enthält sich? – Das ist die AfD. Damit ist die **Zustimmung gemäß Art. 66 Satz 2 der Landesverfassung erteilt.**

Ich rufe auf:

20 Erweiterung des Untersuchungsauftrages des Untersuchungsausschusses V (Hochwasserkatastrophe)

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16773

Ich eröffne die Aussprache. Als erstem Redner erteile ich für die CDU dem Abgeordneten Vossemer das Wort.

Klaus Vossemer (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns allen sind noch die schrecklichen Bilder der Folgen des heftigen Unwetters Mitte Juli 2021 in Erinnerung. Die Erft hat in meinem Wahlkreis Euskirchen viel Unheil angerichtet. Aber auch weiter flussabwärts sind große Schäden entstanden. Insbesondere der Ortsteil Blessem in Erftstadt wurde von der Flut schwer getroffen.

Durch die Überschwemmung und die starken Hochwasserzuflüsse kam es zu starken Bodenerosionen zwischen dem Tagebau Blessem, dem eigentlichen Ortsteil und der Erft mit erheblichen Gebäudeschäden. Diese Bilder gingen um die Welt: Bilder der überfluteten Kiesgrube haben es ihrerzeit auf die Titelseite der New York Times geschafft.

Aktuell gibt es neue Erkenntnisse zu den im Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschuss stehenden Erkenntnissen der Hochwasserkatastrophe. Es besteht der Verdacht, dass die Kiesgrube Blessem in Erftstadt nicht ausreichend gegen Hochwasser geschützt war. Aus diesem Grund ermittelt aktuell die Staatsanwaltschaft Köln.

Es bestehen erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der am 26. August 2015 erteilten Zulassung des Sonderbetriebsplans für die Errichtung eines Hochwasserschutzwalls durch die Bezirksregierung Arnsberg als Bergbehörde.

Am 24. Juni 2015 wurde zuvor eine Bauzustandsbesichtigung durchgeführt. Aus Sachverständigen-sicht soll der Südrand der Kiesgrube nicht durch einen den Bestimmungen entsprechenden Hochwasserschutzwall gesichert worden sein. Auch die Böschungen sollen steiler als zulässig gewesen sein.

Wir müssen in diesem Zusammenhang Fragen stellen, die über den bisherigen Untersuchungszeitraum im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss hinausgehen. Gerade die Situation rund um den Tagebau Blessem kann nur untersucht werden, wenn wir auch die Genehmigung von ihrer Erteilung bis hin zum Schadenseintritt sowie das Verhalten der Bergbehörde sowie der weiteren beteiligten Landesministerien im Rahmen der Erteilung untersuchen.

Der Untersuchungsausschuss V hat in mehreren Beschlüssen bereits entschieden, Beweis über den Hochwasserschutz der Kiesgrube in Erftstadt-Blessem und die von ihr ausgehenden Gefahren zu erheben. Dazu wurde unter anderem das als oberste Bergbaubehörde zuständige Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen zur Aktenlieferung hinsichtlich des bisherigen Untersuchungszeitraums vom 9. Juli bis 9. September 2021 aufgefordert.

Auch Minister Professor Dr. Pinkwart ist aufgefordert, als Zeuge Auskünfte zu den ihm vorliegenden Informationen über den Hochwasserschutz der Kiesgrube Blessem und deren möglichen Gefahrenpotenzialen zu geben.

Bei der Befragung des Ministers kann es aber nicht ausschließlich um die von ihm verfassten Berichte oder Kleinen Anfragen gehen, die der Minister im bisherigen Zeitraum bearbeitet hat. Wir wollen diese Vernehmung des Ministers auch nicht durch weitere Aktenanforderungen hinauszögern. Dieses Anliegen ist einer Aufklärung eher hinderlich; denn Professor Dr. Pinkwart war im relevanten Zeitraum gar nicht Minister.

Hier muss schnell Licht ins Dunkel gebracht werden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Politik wird den betroffenen Menschen in der Region nicht gerecht, wenn wir uns weiter nur mit den Äußerungen des Ministers im derzeitigen Untersuchungszeitraum befassen, die darüber hinausgehenden Fragen aber nicht stellen können.

Für eine umfassende Aufklärung und Untersuchung der Vorgänge um die Kiesgrube Blessem ist daher eine Erweiterung des Untersuchungszeitraums auf

den 24. Juni 2015, dem Tag der Bauzustandsbesichtigung der Hochwasserschutzzeineinrichtung der Kiesgrube Blessem, erforderlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für eine lückenlose Aufklärung müssen wir uns das Genehmigungsverfahren im Detail anschauen; denn daran bestehen erhebliche Zweifel. An diesem Verfahren waren seinerzeit als zuständige oberste Landesbehörde das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk und das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen beteiligt.

Mögliche Versäumnisse, Unterlassungen, Fehleinschätzungen und unter Umständen ein Fehlverhalten der vorherigen Landesregierung

(Christian Dahm [SPD]: Oh!)

in Bezug auf die Zulassung des Sonderbetriebsplans für die Errichtung eines Hochwasserschutzwalls im Jahr 2015 müssen untersucht werden. Der Untersuchungszeitraum des Untersuchungsausschusses ist daher vorzuverlegen.

Wir müssen als Land alles erdenklich Notwendige tun, um diese Katastrophe aufzuklären und Lehren für die Zukunft daraus zu ziehen. Das sind wir den Menschen in den betroffenen Regionen schuldig. Ich bitte daher um Zustimmung zu unserem Antrag und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Vossemer. – Für die FDP spricht nun Herr Abgeordneter Dr. Pfeil.

Dr. Werner Pfeil (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Der Kollege Klaus Vossemer hat den Antrag schon ausführlich dargestellt. Die Besonderheit dieses Antrags liegt ja darin, dass die Antragsteller in diesem Fall zustimmen müssen, damit wir den Untersuchungsgegenstand überhaupt erweitern können.

Ich möchte nicht noch mal auf die Begründung eingehen, die schriftlich im Text des Antrages ausführlich dargestellt wurde, dass Untersuchungszeitraum und Untersuchungsgegenstand hier eine Rolle spielen; auch der Kollege Vossemer hat ja ausführlich darauf hingewiesen, warum und wieso die Erweiterung notwendig ist.

Wir betrachten einen sehr eingeschränkten Bereich. Um aber die Ursachenforschung des Bruchs des Hochwasserschutzwalls überhaupt betreiben zu können, ist mit Sicherheit auch die Auswertung der

Ereignisse im Jahr 2015 notwendig, weil damals außerhalb des jetzigen Untersuchungszeitraumes die Sonderbetriebserlaubnisse erteilt wurden.

Deswegen werbe ich dafür, diesem Antrag zuzustimmen. Denn nur dann erreichen wir eine weitere Aufklärung über die Ursache des Bruchs, und das sind wir allen Geschädigten und den Opfern dieser Tragödie schuldig. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Pfeil. – Für die SPD hat nun Herr Abgeordneter Kämmerling das Wort.

Stefan Kämmerling (SPD): Danke schön. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man kann ja manchmal so ein bisschen an der Uhrzeit erkennen, zu der ein Antrag behandelt wird, wie wichtig das Thema den Antragstellern ist. Jetzt haben wir 22:14 Uhr. Das spricht in gewisser Weise schon für sich.

Ich muss jetzt zu Ihnen, zu dem Hohen Haus sprechen, obwohl das Thema sicherlich auch die Landesregierung interessieren könnte. Wo sich die Mitglieder der Landesregierung heute Abend bei diesem Tagesordnungspunkt befinden, bleibt ein Geheimnis.

(Zuruf: Es ist kein Mitglied der Landesregierung anwesend!)

Hier im Raum sind sie jedenfalls nicht. Frau Scharrenbach ist auf Wahlkampftour; das wissen wir. Von den anderen wissen wir das nicht.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie auch!)

Aber gerne stelle ich Ihnen jetzt meine Positionen zu dem Antrag dar.

Es ist, meine Damen und Herren, etwas geschehen in diesem Untersuchungsausschuss, und zwar ist mit der CDU erkennbar etwas geschehen. Seitdem wir alle wissen, dass Ihre Umweltministerin Frau Heinen-Essen ihren Kurztrip nach Nordrhein-Westfalen nach nur zwei Tagen abgebrochen hat und die Rückkehr nach Mallorca dem Dreck und Unrat in den Überschwemmungsgebieten unseres Landes vorgezogen hat,

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie sind ein Ferkel!)

sind die Abgeordneten der CDU in diesem Untersuchungsausschuss hellwach. Alles wird jetzt getan, um den Untersuchungsausschuss noch mehr zu behindern, als ohnehin seit Monaten schon geschehen.

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Wie bitte?)

Weitere Sitzungen, um deutlich mehr aufklären zu können, scheitern an der CDU.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Herr Kämmerling, Sie sind unanständig! – Christian Dahm [SPD]: Na, lassen Sie ihn doch mal ausreden!)

Zusätzliche Sitzungen, um mehr Zeugen zu hören, scheitern an der CDU.

(Kirstin Korte [CDU]: Nee, manchmal nicht!)

Wichtige Gutachten im Zwischenbericht zu veröffentlichen, scheitert an der CDU.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ja, so ist das aus Ihrer Sicht! Mein Gott, was armselig!)

Wichtigen Schriftkehr des PUAs transparent zu machen und zu veröffentlichen, scheitert an der CDU.

Und jetzt scheitert auch dieser Antrag hier, der durch die lauten Zwischenrufe des Generalsekretärs der CDU nicht besser wird.

(Beifall von der SPD – Matthias Kerkhoff [CDU]: Das war nicht laut! – Rainer Schmelzer [SPD]: Das liegt daran, dass es hier so leer ist!)

Die CDU, meine Damen und Herren, verhindert mit Klauen und Zähnen, dass wir genug Sitzungen stattfinden lassen, um als Untersuchungsausschuss unsere Arbeit zu machen und aufzuklären.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie sind einfach unanständig!)

Noch ganze vier Sitzungen stehen in dieser Wahlperiode zur Verfügung. Nicht im Ansatz werden wir alle benannten Zeugen hören können, und jetzt arrangieren Sie hier so ein Laientheater, von dem Sie ganz genau wissen, dass es niemals zur Aufführung kommen wird.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Arrangieren? Versäumnisse, die Sie und Ihre Partei zu verantworten haben! – Christian Dahm [SPD]: Das ist aber eine Unverschämtheit, solche Vorwürfe so einzubringen! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie haben die Verantwortung! Sie haben nie Verantwortung!)

Die Gründe für Ihr Verhalten, meine sehr verehrten Damen und Herren, liegen auf der Hand.

(Weitere Zurufe – Glocke)

Und völlig klar ist, meine sehr verehrten Damen und Herren: Da ich immer noch ein Mikrofon habe, bin ich im Zweifelsfall immer noch lauter als der Generalsekretär der CDU.

(Beifall von der SPD und Norwich Rüsse [GRÜNE])

Präsident André Kuper: Herr Kollege Kämmerling, halten Sie gerade mal inne. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie alle bitten, den Ton etwas runterzufahren und den Redner aussprechen zu lassen. – Danke.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Hovenjürgen, es reicht! – Christian Dahm [SPD]: Ich würde erst mal sagen: einer!)

Stefan Kämmerling (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich war an dem Punkt, wo ich ausführen wollte, dass für mich die Gründe des Verhaltens der CDU auf der Hand liegen. Es stehen überhaupt keine Sitzungen mehr zur Verfügung, um Ihren Wunsch zu erfüllen, weil – ich wiederhole das noch mal –

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Sei verweigern die Aufklärung)

Sie das mit Mehrheit im Untersuchungsausschuss Tag für Tag verhindern. Das ist die Wahrheit, Herr Hovenjürgen.

(Beifall von der SPD)

Sie verhindern das im nichtöffentlichen Teil der Untersuchungsausschusssitzungen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie sind ein Verhinderer von Aufklärung! Sie stellen sich nicht Ihrer Verantwortung! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Ihr Blutdruck, Herr Hovenjürgen!)

Sie wollen den PUA V schlicht und ergreifend noch mehr überladen, noch mehr hemmen. Ja, Sie wollen ihn auf den letzten Metern in dieser Wahlperiode komplett lahmlegen, und das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Verantwortungslos! Sie sind ein verantwortungsloser Politiker!)

Deshalb, meine Damen und Herren, ist Ihr Antrag schlicht und ergreifend unwürdig. Er ist unredlich, und wir lassen Ihnen das nicht durchgehen.

(Beifall von der SPD – Josef Hovenjürgen [CDU]: Der ist notwendig für die Aufklärung! Sie wollen keine Aufklärung!)

Fünf Minuten Redezeit sind mir der Punkt überhaupt nicht wert. Deshalb fasse ich mich jetzt kurz: Unser Einsetzungsbeschluss wird keinesfalls, wie hier vorgeschlagen, erweitert.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Weil Sie es nicht wollen! Sie wollen keine Aufklärung! – Lachen von der SPD)

Sie können hier mit Mehrheit beschließen, was immer Sie wollen, aber auf unser Minderheitenrecht in diesem Fall hat das keine Auswirkungen. Ihnen,

Herr Hovenjürgen, ist es unbenommen, einen PUA VI einzusetzen. Damit würden Sie sich dann bis auf die Knochen blamieren,

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie wollen keine Aufklärung!)

und das würde zu Ihrem unwürdigen Schreiauftritt heute Abend auch ganz gut passen.

(Beifall von der SPD und Norwich Rüße [GRÜNE] – Weiterer Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Der sozialdemokratische Teil in diesem Untersuchungsausschuss „Hochwasserkatastrophe“ wird bis zum letzten Tag aufklären. Der christdemokratische Teil, gestützt vom Generalsekretär, wird das weiterhin nach allen Kräften verhindern. Diese Rollenverteilung ist seit vielen Monaten gelebte Praxis in diesem Untersuchungsausschuss.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Wir wollen Aufklärung, Sie nicht!)

Im heutigen Antrag der CDU erhält dieses Verhalten noch einmal ein Ausrufezeichen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Den Katastrophenschutz haben Sie ausbluten lassen! – Marina Dobbert [SPD]: Herr Präsident, das kann doch nicht sein!)

Jetzt darf ich dem von mir sehr geschätzten Kollegen Dr. Pfeil noch kurz etwas entgegnen. Herr Dr. Pfeil, Sie sind der seriöse Teil in diesem Untersuchungsausschuss aufseiten der Koalition.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das stimmt!)

Ich habe das schon an anderen Stellen gemacht und will es hier ausdrücklich wiederholen. Ihre Ausführungen, dass unsere Zustimmung hierzu notwendig wäre, ist natürlich völlig richtig. Trotz allen Lobes für Ihre Arbeit und unsere Zusammenarbeit in diesem Untersuchungsausschuss noch ein Satz, der mir vielleicht aufgrund der Zwischenrufe zeitlich noch zugestanden wird; ich bin aber sofort am Ende.

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Das sind Sie doch schon lange!)

Herr Dr. Pfeil, Sie haben gesagt, dass Sie noch einmal dafür werben, dass wir das jetzt so machen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Wir wollen Aufklärung, Sie nicht! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Herr Hovenjürgen, Sie finden nicht mal Unterstützung in Ihren Reihen!)

Ich muss schon sagen, dieses Werben hätten Sie vorher versuchen müssen. Sie hätten vorher mal mit uns reden sollen. Das hätte unsere Meinung nicht geändert, aber es so darzustellen,

(Unruhe – Glocke)

dass Sie „noch einmal“ uns gegenüber werben, ist nicht ganz korrekt.

(Zurufe von Nadja Lüders [SPD] und Josef Hovenjürgen [CDU])

– Die Aufgeregtheit des CDU-Generalsekretärs, der hier jede Fassung verliert,

(Nadja Lüders [SPD]: Wie war das mit der Ruhe, Herr Präsident?)

zeigt, wie richtig es ist, dass wir den Quatsch hier nicht mitmachen. – Jetzt danke ich Ihnen mit Ausnahme des Kollegen Hovenjürgen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche einen schönen Abend.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kämmerling. – Für die Fraktion der Grünen spricht nun der Abgeordnete Rüße.

(Nadja Lüders [SPD]: Sie sind gar nicht da drin! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie wissen nicht, wovon Sie reden! – Stefan Zimkeit [SPD]: Was für ein Schwätzer! – Matthias Kerkhoff [CDU]: Herr Zimkeit ist noch da!)

– Wir werden jetzt eine halbe Minute Pause einlegen, damit die Emotion etwas heruntergefahren werden kann.

(Christian Dahm [SPD]: Wie viele Gummistiefeltermine hat es noch gegeben? – Weitere Zurufe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, ...

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU] – Zurufe von der SPD)

– Kollege Hovenjürgen,

(Glocke)

ich bitte um Mäßigung.

(Beifall von der SPD)

Norwich Rüße* (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Lieber empörungspolitischer Sprecher der CDU,

(Beifall von der SPD)

ich würde jetzt gerne beginnen. Herr Hovenjürgen, ich finde, die Art, wie Sie sich empören, zeigt, dass Sie gar nicht genau wissen, worum es geht.

(Zuruf)

Erstens. Wie kann man einen solchen Antrag sieben Wochen vor einer Landtagswahl überhaupt noch stellen? Wer von Ihnen ist auf diese Idee gekommen?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Erst mal was essen, Herr Hovenjürgen!)

Wir wissen doch alle, dass in keiner Weise mehr realisierbar ist, was Sie wollen; es geht einfach nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie wollen es nicht!)

– Wissen Sie was? Hier war mal ein Finanzminister, der sprach immer vom ehrlichen Kaufmann. Sie sind das garantiert nicht, wenn Sie so vorgehen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sich hier auch noch zu empören, das ist doch der Gipfel. Sie können sich doch gleich noch beteiligen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie sind an der Wahrheit doch gar nicht interessiert, Herr Rüße!)

– Doch, wir sind an der Wahrheit interessiert; deshalb wollten wir diesen PUA. Wir wollten ihn haben.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie haben den Katastrophenschutz zurückgefahren!)

Sie kommen jetzt auf den letzten Metern noch an und meinen, Sie müssten den Gegenstand erweitern. Das ist doch lächerlich.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsident André Kuper: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Hovenjürgen, ich bitte Sie, die Zwischenrufe jetzt einzustellen; ansonsten müsste ich eine Entfernung aus dem Plenarsaal vornehmen, was ich nicht möchte.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Norwich Rüße* (GRÜNE): Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Hovenjürgen, komme ich freitags immer zu 18 Uhr. Die Kolleginnen und Kollegen kennen das; ich bin dann die Spätschicht. Zwei Dinge sind mir im PUA aufgefallen: Die Akten sind entweder gar nicht oder völlig verspätet übergekommen. Das lässt einiges befürchten, was passieren würde, wenn wir diesem Antrag stattgäben. Dann würden wir die Akten rein rechnerisch ungefähr im September bekommen.

(Zuruf von Rainer Deppe [CDU])

Dann haben wir ein Problem im PUA, denn das wird nicht gehen.

(Heiterkeit und Beifall von Stefan Kämmerling [SPD] und Nadja Lüders [SPD])

Ich habe den Eindruck, dass es in Wirklichkeit um das Zweite geht, was mir aufgefallen ist: Es gibt im Untersuchungsausschuss zwei Kollegen, die mit ihren Fragen sehr unangenehm sind. Der eine ist Herr Jäger, und der andere ist Herr Remmel. Ich verfolge das sehr gut.

(Lachen von Josef Hovenjürgen [CDU])

Mein Eindruck ist: Bei Ihrem Antrag geht es darum, dass Sie die beiden gerne als Zeugen für jede weitere Befragung eliminieren wollen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Lächerlich!)

Die sind für Sie unangenehm. Das ist doch der Kern dessen, was Sie an dieser Stelle tun.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Der einzige Eindruck, den man von dem Theater heute haben kann, das Sie hier veranstalten, ist: Der Wahlkampf hat begonnen. Man will noch mal einen rausbauen. Sie wissen genau, dass wir als Minderheit in diesem Parlament auch Rechte haben. Wir müssen zustimmen, ob es eine Erweiterung gibt oder nicht.

Der Kollege und ich haben Ihnen die Gründe schon genannt: Es ist illusorisch. Wir könnten am Freitag die ersten Akten anfordern. Dann haben wir noch eine Sitzung, zu der die Akten niemals da sein werden. Wir können keine Zeugen mehr einladen. Was Sie uns hier mit Ihrem Antrag bieten, grenzt wirklich an Lächerlichkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Deshalb machen wir das auch nicht mit. Das eine ist die zeitliche Erweiterung nach vorne, die Sie vornehmen wollen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie wollen keine Aufklärung! – Nadja Lüders [SPD]: Die alte Leier wieder! – Christian Dahm [SPD]: Komm, wir gehen in die Kaffeeklappe!)

– Ich finde, jetzt könnte Herr Hovenjürgen langsam gehen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das andere ist, einen ganz neuen Themenkomplex aufmachen zu wollen. Da bin ich auch beim Kollegen: Dann machen Sie doch einen PUA VI auf. Beantragen Sie den doch mit einem neuen Gegenstand!

(Henning Höne [FDP]: Den Themenkomplex „Kiesgrube“ haben Sie aufgemacht! – Josef Hovenjürgen [CDU]: So ist es!)

Das können wir dann ja tun; beantragen Sie den. Diese Erweiterung ist ein absoluter Witz. Das geht nicht. So wie mit diesem Antrag, den Sie heute gestellt haben, kann man echt nicht miteinander

umgehen. Genau aus dem Grund lehnen wir diesen Antrag auch ab. Sie wissen um unser Minderheitenrecht; deswegen wird es am Ende auch keine Erweiterung geben.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie wollen keine Aufklärung, Herr Rüße! Das haben wir verstanden!)

Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Rüße. – Für die AfD spricht der Abgeordnete Herr Keith.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: So was Lächerliches!)

Andreas Keith (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Das war ein kleiner Ausschnitt aus dem, was wir fast jeden Freitag im Untersuchungsausschuss live geboten bekommen – vielleicht nicht ganz so laut, das gebe ich zu, aber zumindest mit derselben Intensität.

Herr Rüße, ganz ehrlich: Wenn sich jetzt Herrn Kämmerling in den Himmel loben, möchte ich nur mal daran erinnern,

(Frank Müller [SPD]: Zu Recht!)

dass Herr Kämmerling in der Regel immer dieselbe Frage stellt, und das stundenlang; das haben Sie auch miterlebt.

(Zuruf)

– In der Regel geht es da um Formalitäten. Sie haben doch selbst noch vor 14 Tagen gesagt: Was für ein Unsinn; ich gehe jetzt auch. – Das hat mittlerweile ein Maß angenommen, das nicht mehr erträglich ist. Das ist genau das Ziel, das die SPD immer verfolgt.

(Unruhe)

Jetzt stellen Sie Herrn Kämmerling als den großen Chefaufklärer dar, wie er auch schon in der Presse genannt wird. In der Regel hält er Monologe, leitet seine Fragen über ca. 15 Minuten ein, lobt sich noch selbst dafür, wie toll das alles ist, um zum Schluss eine Verfahrensfrage beantwortet zu bekommen, und Herr Jäger macht es auch nicht viel besser. Ganz ehrlich: Jetzt so anzufangen, als wäre das alles so eine Nummer – um Gottes willen.

(Zuruf von Volkan Baran [SPD])

Auf der anderen Seite wollen CDU und FDP natürlich ganz klar ihre Umweltministerin schützen; das hat Herr Hovenjürgen jetzt mehrfach vorgeführt. Wenn sie in der schwersten Katastrophe, die wir seit

dem Krieg hatten, zum Kurzbesuch nach Nordrhein-Westfalen kommt, ist klar, dass die Opposition natürlich darauf herumreitet. Was haben Sie denn gedacht? Dass das einfach so an Ihnen vorbeigeht und nichts passiert? Ganz ehrlich, das ist eine Fortsetzung des Untersuchungsausschusses.

Im Übrigen ist das, was hier in den letzten Wochen abgeht, eines Parlaments und im Besonderen der Opfer völlig unwürdig. Das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen.

Ich war am Sonntag in Bad Münstereifel und habe einen Scheck aus einer Sammlung für ein Opfer übergeben, das jetzt den Weg zurück nach Bad Münstereifel sucht. Wir werden diesen Mann mit dem Geld unterstützen, damit er sich dort eine Wohnung suchen und seinen Hausrat wieder beschaffen kann, denn er hat alles verloren. Solche Leute würde ich gerne einmal in eine Sitzung unseres Untersuchungsausschusses mitnehmen.

(Lachen)

– Ja, da können Sie lachen. Ihnen ist das Schicksal dieser Leute völlig egal.

(Zuruf)

– Doch. Sie hören keine Sekunde zu, unterhalten sich und machen hier Ihre blöden Witze.

(Kirstin Korte [CDU]: Quatsch!)

– Doch. Genau das ist es. Das ist genau dieselbe Situation wie damals mit Armin Laschet, als er im Hintergrund stand und sich einen abgelacht hat. Das ist genau dieselbe Situation. Es interessiert Sie gar nicht. Das ist die Wahrheit.

Ich würde diese Leute wirklich gerne einmal in den Untersuchungsausschuss mitnehmen, um ihnen zu zeigen, wie wir drei Stunden darüber diskutieren, in welchem Raum wir sitzen, ob der größer und besser ist und ob wir irgendwelche Abstände einhalten.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Das würde ich gerne einmal tun und dann sehen, was die Menschen dazu sagen, wie wir hier diese Katastrophe aufarbeiten. Das würde ich wirklich gerne einmal sehen, ganz ehrlich. Meine Herren!

(Beifall von der AfD – Christian Dahm [SPD]: Das ist nur für die Kamera da oben!)

Ansonsten können wir dem Antrag grundsätzlich zustimmen, weil wir glauben, dass wir den Untersuchungszeitraum zwar nicht explizit wegen Blessem, aber dennoch ein Stück weit erweitern müssen. Denn es geht zum Beispiel auch um die Talsperren.

Der Zeitraum – da gebe ich Ihnen recht – ist natürlich völlig hanebüchen; das werden wir nicht hinbekommen. In der nächsten Legislatur müssen wir den Untersuchungszeitraum aber vielleicht wirklich

erweitern, damit wir auch einmal klären, warum die Talsperren so voll waren. Das geht ja nicht nur auf den Freitag der Katastrophe zurück, sondern das müsste schon ein bisschen weiter vorne geklärt werden.

Dem Antrag werden wir heute daher grundsätzlich zustimmen, auch wenn wir wissen, dass nicht viel dabei herkommt. Beim nächsten Mal sollte man darauf auf jeden Fall achten. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, und ich schließe die Aussprache.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP haben direkte Abstimmung beantragt.

Ich weise darauf hin, dass der im Einsetzungsbeschluss bezeichnete Untersuchungsgegenstand durch den Beschluss des Landtags gemäß § 3 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes nur mit Zustimmung der Antragstellerinnen und Antragsteller verändert werden kann. Der Antrag auf Einsetzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses V Drucksache 17/14944 wurde seinerzeit von den Abgeordneten der Fraktion der SPD und den Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellt. Eine Erweiterung erfordert daher deren Zustimmung. Diese Zustimmung kann im Rahmen der folgenden Abstimmung über den Erweiterungsantrag konkludent erfolgen. Eine Enthaltung kann dabei aber nicht als Zustimmung gewertet werden.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 17/16773. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Damit hat der Antrag Drucksache 17/16773 zwar eine Mehrheit erreicht, aber die gesetzlich erforderliche Zustimmung wurde nicht erteilt. Der **Untersuchungsgegenstand bleibt** daher **unverändert**.

(Zurufe – Josef Hovenjürgen [CDU]: Ihr wollt keine Aufklärung!)

Ich rufe auf:

21 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Zoologisches Forschungsmuseum Alexander Koenig – Leibniz-Institut für Biodiversität der Tiere“

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16529